

Januar 2011

Hat die Milizarmee eine Zukunft?

Überlegungen zur Wehrverfassung, Ausrüstung
und Finanzlage der Armee



Inhalt

| | | | | |
|--|-----------|----------|--|-----------|
| Vorwort | 3 | 4 | Fazit: Wiederherstellung einer rationalen Prioritätsordnung | 14 |
| 1 Aus der Geschichte nichts gelernt? | 4 | 5 | Fakten zur heutigen mangelnden Finanzlage der Armee | 15 |
| 1.1 Warum man so oder so Verteidigungsvorbereitungen braucht | 4 | 5.1 | Rekordtiefe Verteidigungsaufwendungen | 15 |
| 1.2 Die Hoffnung «nie wieder Krieg» wurde binnen Kurzem enttäuscht | 4 | 5.2 | Sparen auf dem Buckel der Armee | 17 |
| 1.3 Rasche Ernüchterung nach Ende des Zweiten Weltkrieges | 5 | 5.3 | Dissens statt Konsens im Bereich der Armeeaufgaben | 17 |
| 1.4 Auf und ab von Krisenstimmung und Entspannungseuphorie | 6 | 5.4 | Sieben Forderungen für die Sicherstellung einer solide finanzierten Armee! | 17 |
| 1.5 Folgerungen für die Gegenwart | 6 | 5.5 | Stimmen zur Finanzierung der Armee | 18 |
| 2 Eine Wehrverfassung mit Zukunft | 7 | | | |
| 2.1 Milizsystem in der Kritik | 7 | | | |
| 2.2 Fragliche ökonomische Massstäbe | 8 | | | |
| 2.3 Ein Geben und Nehmen | 8 | | | |
| 2.4 Die Armee ist herausgefordert | 9 | | | |
| 2.5 Fragwürdiges Modell Berufsarmee | 10 | | | |
| 2.6 Die Frage der Qualität des Personals | 10 | | | |
| 2.7 Im Ausland weiss man es besser | 11 | | | |
| 3 Die Luftwaffe bleibt der entscheidende Faktor | 12 | | | |
| 3.1 Lehren aus der Geschichte | 12 | | | |
| 3.2 Iraks Überfall auf Kuwait 1990 und die Folgen 1991, 2003 | 12 | | | |
| 3.3 Überblick über die Kampfkraft in der Luft 2008 | 13 | | | |

Vorwort

Angesichts der Ungereimtheiten, welche sich aus den Debatten um die von uns als ungenügend eingestuften Berichte zur Sicherheitspolitik und zur Armee ergeben, tut es gut, sich einmal anhand der Geschichte einige nicht wegzudiskutierende Fakten und Lehren vor Augen zu führen.

Oberst i Gst Dominique Brunner, ehemaliger Kdt Inf Rgt 22 und Chef eines Armeestabteils, geht in den folgenden drei Beiträgen den Fragen der Lehren der Kriegsgeschichte nach, stellt Überlegungen zur

Wehrpflicht und zum Milizsystem an und begründet noch einmal, wieso moderne Streitkräfte ohne moderne Luftschirme nicht auskommen. Im Anschluss dazu wirft unser Geschäftsführer einen kritischen Blick auf die Armeefinancen im internationalen Kontext.

Dr. Günter Heuberger, Präsident



VSWW empfiehlt Nein zur Waffeninitiative

Ob heute die Aufbewahrung der Armeewaffe zu Hause eine vom Einsatz her begründbare sicherheitspolitische Notwendigkeit ist, lässt sich diskutieren. Nachdem das Mobilmachungspotenzial durch die Anpassungen im Gefolge der vielen Armee-reformen nicht mehr gegeben ist, kommt der Heimaufbewahrung aus militärischer Sicht nicht mehr die gleich hohe Bedeutung zu wie noch vor 20 Jahren.

Die persönliche Waffe bleibt jedoch der zentrale Ausrüstungsgegenstand, um ohne zeitraubende logistische Verteilübung eine schnelle Einsatzbereitschaft erstellen zu können. Die persönliche Waffe ist ein integraler Bestandteil der Wehrpflicht: Das militärische Gewaltmonopol liegt in der Schweiz nicht bei einer Berufstruppe, sondern beim wehrpflichtigen Bürger in seiner Funktion als Milizsoldat. Der oder die an der Waffe ausgebildete Wehrpflichtige hat gelernt, eigenverantwortlich mit seiner Waffe umzugehen. Der Staat vertraut sie ihm darum an. Daraus begründet sich die Heimfassung der persönlichen Waffe.

Dass sich die Gesellschaft verändert hat, lässt sich ebenfalls nicht abstreiten. Die Armee hat entsprechend reagiert. Rekruten werden sorgfältig psychologisch und hinsichtlich Vorstrafen geprüft; wer negativ auffällt, erhält keine persönliche Waffe. Die freiwillige Aufbewahrung der Waffe im Zeughaus ist jederzeit und überall möglich. Die Abgabe der Waffe bei Dienstende wird restriktiver gehandhabt.

Am 13. Februar stimmt die Schweiz darum nicht primär über ein sicherheits-, sondern über ein staatspolitisches Thema ab. Es gibt keinen Zweifel, aus welcher Ecke die Waffeninitiative kommt. Die Beteiligten sind zum grössten Teil gegen die Armee an sich eingestellt. Nachdem sogar die Sozialdemokratie die Armeeabschaffung in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat, gilt es Gegensteuer zu geben.

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft lehnt die Waffeninitiative aus den geschilderten Überlegungen ab und empfiehlt daher, am 13. Februar ein Nein in die Urne einzulegen.

1 Aus der Geschichte nichts gelernt?

1.1 Warum man so oder so Verteidigungsvorbereitungen braucht

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt ausgeprägter als die anderer Zeitabschnitte, dass sich die machtpolitische Zukunft generell zuverlässiger Voraussagen entzieht. Da spielen selbstverständlich zahlreiche Faktoren mit, angefangen bei den Grenzen, die der menschlichen Voraussicht gezogen sind, nicht zuletzt wegen des Hangs eben dieser Menschen zum Wunschdenken. Historisch ausreichend belegte Beispiele illustrieren das Phänomen.

«Not kennt kein Gebot» (Bethmann-Hollweg zur Rechtfertigung des Bruchs der belgischen Neutralität)

An der Wende zum 20. Jahrhundert wurden der «Humanisierung» oder «Zivilisierung» des Krieges dienende völkerrechtliche Verträge, die Haager Verträge, von den damals federführenden Mächten abgeschlossen oder zumindest gründlich diskutiert. Zum Beispiel ein Verbot des Einsatzes von «Giftwaffen», für das es wahrlich gute Gründe gab. Es verhinderte die Entfesselung eines brutalen «Gaskrieges» 1915 durch das deutsche Reich keineswegs. Immerhin: Die Erfahrungen 1915–1918 haben die Kriegführenden 21 Jahre später, im Zweiten Weltkrieg, vom Rückgriff auf chemische Kampfmittel abgehalten. Dazu trug auch die taktische Unzuverlässigkeit des Mittels bei – Abhängigkeit von Wetter und Temperatur, schwieriges Abschätzen der Gefährdung eigener Truppen. Das hat arabische Gewalthaber nach dem Zweiten Weltkrieg nicht davor zurückschrecken lassen – vor allem den blutrünstigen Tyrannen Saddam Hussein im von ihm ausgelösten Krieg gegen den Iran –, chemische Waffen einzusetzen. Die Amerikaner haben in Vietnam Entlaubungsmittel eingesetzt, nicht eigentliche Waffen, die allerdings Umweltschäden hervorriefen. Inzwischen ist die Beseitigung aller C-Waffen von der Staatenwelt vertraglich geregelt worden, wobei Russland als wahrscheinlich wichtigster Besitzer derartiger

Vorräte deren Vernichtung – ohne besondere Eile – betreibt.

1.2 Die Hoffnung «nie wieder Krieg» wurde binnen Kurzem enttäuscht

Der Völkerbund entsprang dem echten Willen der durch den Ersten Weltkrieg schwer in Mitleidenschaft gezogenen europäischen Völker, eine Wiederholung der politisch-strategischen Leichtfertigkeit, die den Kriegsausbruch im August 1914 erst ermöglicht hatte, und der Barbarei des Stellungskrieges zu verhüten. Der spätere Marschall Lyautey hatte im Vorfeld des Krieges richtig geurteilt: «Ils sont complètement fous. Une guerre entre Européens, c'est une guerre civile.» Der Völkerbund scheiterte an der Koinzidenz zweier Ereignisse: des Überhandnehmens des alten Isolationismus in den USA, der die neue Organisation der entscheidenden – amerikanischen – Stütze beraubte, und – was die Franzosen angeht, menschlich nachvollziehbaren, jedoch politisch-strategisch denkbar kurzsichtigen – Behandlung Deutschlands durch den Versailler Friedensvertrag. Deutschland hatte Ende 1917 im Osten gegen Russland gesiegt, Waffenruhe 5.12.1917. Von der Last des Zweifrontenkrieges befreit, hatte es im Frühling 1918 durch wiederholte Grossoffensiven in Frankreich die Briten und Franzosen in Bedrängnis gebracht. Aber es war für die Deutschen «nur ein letzter verzweifelter Wettlauf mit dem Tode» (Herzfeld). Die massiven Truppenverstärkungen aus den USA – im Juli 1918 standen bereits 1,4 Millionen amerikanische Soldaten in Frankreich – stellten die Lage für die Alliierten wieder her, die im August die Oberhand gewonnen hatten. Doch das deutsche Heer stand am 11. November 1918, als der Waffenstillstand auf deutsches Betreiben hin verkündet wurde, noch an der Maas und in Belgien, vier Monate vorher noch tief in Frankreich. Kein Wunder, dass die Demagogen leichtes Spiel hatten, vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nachkriegs-Deutschlands erhebliche Teile des Volkes aufzuhetzen, die nicht begriffen, dass Deutschland den Krieg bereits im Spätsommer verloren hatte.

Ausdruck der Hilflosigkeit der massgebenden Politiker war wohl der sagenhafte Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der allen Ernstes ein Verbot des Krieges als Mittel der Politik aussprach, ungefähr gleich wirksam wie das Verdikt eines Konzils im Mittelalter, das die Verwendung der Armbrust als Waffe in Kriegen zwischen Christen ächtete. Derweil festigten die siegreichen britischen oder französischen Kolonialmächte ihre Kontrolle, natürlich auch mit militärischen Mitteln, über Nord-Afrika und, nach dem Zusammenbruch der türkischen Herrschaft, über den Nahen und Mittleren Osten. Das faschistische Italien behielt seine überseeischen Besitzungen oder dehnte sie aus. Und ab 1934 wurde die deutsche Aufrüstung zielbewusst eingeleitet, worauf die Franzosen und Engländer nicht ernsthaft reagierten, um dann in München 1938 schäbig zu kapitulieren. Der klarsichtigste Zeitgenosse, der nach der geglückten Evakuierung von über 300 000 britischen und verbündeten Soldaten aus dem eingeschürten Dünkirchen nach England am 4. Juni 1940 trotzig vor dem Unterhaus erklärte, «wars are not won by evacuations» und «we shall never surrender», Winston Churchill, hatte gleich nach München dem amtierenden Premier ins Gesicht geschleudert: «You had the choice between war and dishonour. You have chosen dishonour and you will have war.» So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Das Ergebnis ist bekannt.



*Frieden dank Verträgen:
Briand-Kellogg-Pakt – ungefähr gleich wirksam wie das Verdikt eines Konzils im Mittelalter.*

1.3 Rasche Ernüchterung nach Ende des Zweiten Weltkrieges

Die verständliche Forderung von 1918 «Nie wieder Krieg» konnte am Ende des viel verlustreicheren, sechsjährigen Krieges 1939–1945 nicht aufkommen. Die Kriegsallianz, die Deutschland niedergeworfen hatte, brach binnen Kurzem auseinander, hauptsächlich deshalb, weil die siegreiche Sowjetunion eine halbe Million km² Territorium mit 93 Millionen Einwohnern annektierte, Teile Deutschlands sowie Osteuropa ihrer Kontrolle politisch, militärisch und wirtschaftlich in Ausnutzung der leichtfertigen Beschlüsse von Yalta unterwarf und von Anfang an eine greifbare potenzielle Bedrohung des westlichen Teils des Kontinentes darstellte, ideologisch-agitatorisch und militärisch. 1948 schlossen England und Frankreich mit den Benelux-Staaten den Vertrag von Brüssel, später Westeuropäische Union, und dann vor allem am 4. April 1949 den NATO-Vertrag ab, der die USA an Westeuropa band und, entscheidender Faktor, die amerikanische Atomrüstung im Prinzip für die Verteidigung des Status quo verfügbar machte.

Die Geschichte des – angeblich – «Kalten Krieges» ist bekannt. Dieser zeichnete sich aus durch Abwesenheit gewaltsamer, kriegerischer Konfrontation zwischen den zwei Supermächten und deren europäischen Verbündeten oder Satelliten, insbesondere dank der atomaren Abschreckung, in Europa, in den Weltmeeren und im Bereich der Territorien der zwei Grossen. Während 45 Jahren war Europa, d.h. primär Westeuropa, der Nutzniesser dieser Konstellation. Nach einem jahrzehntelangen Kräftemessen, das in einem phasenweise dramatischen Rüstungswettlauf, Interventionen in Asien und Afrika, ernststen diplomatischen Spannungen und einem Propagandakrieg bestand, brach die kommunistische Grossmacht innerhalb von stupend kurzer Zeit zusammen. Sie zerbrach an der zentralen Planwirtschaft und der Macht der Bürokratie, deren Zusammenwirken die Eigeninitiative lähmte, der welt-fremden Ideologie und, wesentlicher Faktor, den masslosen militärischen Anstrengungen. Gemäss russischen Quellen entsprachen die militärisch begründeten Ausgaben der Sowjetunion in den

80er-Jahren rund 20 Prozent des Sozialproduktes – gegen ca. 7 Prozent in den USA. Von 1970 bis 1983 investierten die Sowjets um 300 Milliarden \$ mehr in ihre Rüstung als die USA.

1.4 Auf und ab von Krisenstimmung und Entspannungseuphorie

Die westlichen Nationen, insbesondere die NATO, aber auch die neutrale Schweiz, trafen mehr oder weniger kontinuierlich militärische Vorbereitungen im Blick auf eine militärische Konfrontation in Europa, namentlich von der Ostsee bis zu den Alpen, wo der Warschau-Pakt bis Ende der Achtzigerjahre eine auswertbare konventionelle Überlegenheit aufwies, zeitweilig eine Angriffsfähigkeit aus dem Stande. Doch die Lage wurde von den verantwortlichen Stellen, von den Kommentatoren und der Öffentlichkeit nicht ständig gleich beurteilt. Es gab wiederholt in der überwiegenden Wahrnehmung Schwankungen, Perioden der alarmierenden Spannung, abgelöst von Entspannung, vermeintlicher oder real untermauerter. In diesen Phasen erhoben sich regelmässig die Stimmen der leichtfertig und oberflächlich Urteilenden, die ein Ende der militärischen Anstrengungen oder deren Einschränkung forderten, so bei diversen angeblichen Friedensoffensiven der Sowjetunion, besonders nach dem Tode Stalins und dem XX. Parteikongress 1956, der Verkündung der

Politik der «friedlichen Koexistenz», nach dem Sturz Chuschtschows, nach gewissen Fortschritten, die Sowjets und Amerikaner auf den Feldern der Rüstungskontrolle und der Menschenrechte (Helsinki-Prozess), mit oder ohne Mitwirkung von Verbündeten, erzielten. Dabei änderte in der ganzen Zeit nach dem Tode Stalins nichts Entscheidendes am System, an der potenziellen oder realen Bedrohung, der sowjetischen Politik und Rüstung. Diese Rüstung verschärfte die Lage sogar spürbar ab Ende der 70er-Jahre.

Die letzte ernste Herausforderung, die der Westen bestehen musste, war die Krise, die der Doppelbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 hervorrief, d.h. die Aufforderungen an den Kreml, über die Begrenzung der atomaren Mittelstrecken-Lenk Waffen, die Europa bedrohten, zu verhandeln. Sollte dies nicht zum Ergebnis führen, müsste der Westen aufrüsten, um die erdrückende sowjetische Überlegenheit zu kompensieren. Die Standhaftigkeit der europäischen Regierungen, ungeachtet der Hysterie der sogenannten Friedensbewegung, hatte Folgen: die Einleitung der Nachrüstung, amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa und schliesslich die Zustimmung der Sowjets zum schon früh unterbreiteten amerikanischen Vorschlag, auf diese Waffen überhaupt zu verzichten (INF-Vertrag vom 8. 12. 1987).

1.5 Folgerungen für die Gegenwart

Nachdem die Ost-West-Konfrontation insgesamt für den Westen glimpflich abgelaufen ist – die Zeche haben damals die unglücklichen Osteuropäer und die Völker der Sowjetunion bezahlt –, wird die Frage heute nicht nur von Leichtsinnigen gestellt, wozu es denn fortan noch Verteidigungsvorbereitung brauche. Dazu zwei Antworten: Die ganze Geschichte lehrt, dass die Zukunft nicht einmal auf mittlere Sicht politisch-strategisch voraussehbar ist. Wer hat 1985 die plötzliche Auflösung des Sowjetimperiums ernsthaft vorausgesehen? Niemand, auch ein solch gewichtiger Akteur wie Michael Gorbatschow nicht, auch Henry Kissinger nicht, der es ohne Umschweife zugibt. Es gibt einen sowjetischen Dissidenten, Amalrik, der in einem Buch die Frage ernsthaft auf-



Nato-Doppelbeschluss: Standhaftigkeit der europäischen Regierungen, ungeachtet der Hysterie der sogenannten Friedensbewegung.

warf: «Wird die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben?». Wer hat ihn ernst genommen? In Szenarien wurde das Thema berührt, aber kaum als realistisch bewertet. Wer hat den Ausbruch des mörderischen Bürgerkrieges im Balkan und dessen Dauer 1985 vorausgesehen? Wer hat 2000 mit dem tollkühnen Attentat, und mit welchen Mitteln, vom 11. September 2001 ernsthaft gerechnet? Wer hat die Bedrohung durch eine weltweite Pandemie in Sachen Vogelgrippe 15 Jahre vorher angekündigt? Fazit: «L'avenir reste normalement imprévisible.» Daher hat man allen Grund, kluge Vorsicht walten zu lassen. Die Schweiz zum Beispiel hatte nach sechs Kriegsjahren 1939–1945 und einem energischen Versuch, ab 1936 den Rückstand in ihrer Rüstung wettzumachen, bei Kriegsende zwei Dutzend Panzer – und erst noch völlig überholte, nota bene jene Waffe, die in Europa dem Krieg den Stempel aufdrückte!

Der ausgewiesene Experte, der der 1975 verstorbene französische General André Beaufre war, hat 1966, als es wieder einmal schien, als ob die Entspannung auf Dauer gesichert wäre, das von der Vernunft diktierte Verhalten wie folgt umschrieben: «A d'autres périodes où le danger s'éloigne où disparaît, il faut bien se garder de détruire le système de défense, car on aurait beaucoup de mal à le reconstituer à temps si le danger apparaissait de nouveau. Dans ces périodes de calme, la sagesse est de sauvegarder l'architecture générale de la défense tout en réduisant son volume, afin d'alléger les charges sans compromettre la valeur de l'ensemble» («L'OTAN et l'Europe», Calmann-Lévy). Für die Schweiz gilt derzeit, dass diese Sorge um die Aufrechterhaltung der «architecture générale» der Verteidigung alle weiteren Schritte bestimmen muss, anders gesagt, dass der eingeleitete Abbau essenzieller Fähigkeiten zum Kampf einzustellen ist und korrigiert werden muss ...

2 Eine Wehrverfassung mit Zukunft¹

2.1 Inkompetente Kritik am Milizsystem

Der Milizcharakter der schweizerischen Armee wird in jüngster Zeit öffentlich angefochten. Gemeint sind etwa Überlegungen und Vorschläge zur Steigerung der Effizienz, der Kostenwirksamkeit der Armee, welche erheblich mehr Professionalität verlange. In Zeitungen und Zeitschriften meldeten sich zudem Professoren der Nationalökonomie zu Wort, die genau ausrechnen zu können glaubten, wie ineffizient und kostspielig die Milizorganisation sei. Es ist kein Zufall, dass diese Kritik im Zeichen der Niederlage der kommunistischen Supermacht Sowjetunion eine gewisse Relevanz erlangte – nicht zuletzt infolge der Fehlinterpretation des Urnenganges über die Armeeabschaffungsinitiative 1989.

Bei diesen Betrachtungen aus zum Teil rein ökonomischer Sicht wird regelmässig vernachlässigt, dass der wirtschaftlich ausgedrückte «Erfolg» der Armee,

also der direkte Gegenwert, gemessen an Zweck und Aufwand, nicht genau und sicher erfassbar ist. Das gilt insbesondere für das sicherheitspolitische Instru-



«Man kann aus gut geführten Miliztruppen alles heraus-
holen!»

¹ Der folgende Text von Dominique Brunner wurde in der Neuen Zürcher Zeitung vom 10. Januar 1996 publiziert.

ment Armee im Fall der Schweiz; ein Instrument, dem seit Bestehen des Bundesstaates in erster Linie eine Aufgabe übertragen war und bleibt, nämlich den Krieg vom Lande fernzuhalten. Dass dies der vorrangige Auftrag der Armee ist, folgt zwingend aus dem Status des dauernd bewaffneten Neutralen und wohl auch aus der Wehrverfassung der Miliz.

2.2 Fragliche ökonomische Massstäbe

Hauptgrund ist, dass sich nicht streng beweisen lässt, dass die Schweiz bei Fehlen einer Armee angegriffen worden wäre und Verluste erlitten hätte. Das Abschätzen dieser Verluste mit der Präzision, die ökonomische Rechnungen erfordern, ist ebenfalls sehr schwierig. Hätte ein Angreifer die Schweiz rasch durchstossen oder besetzt, wie Deutschland Dänemark oder Holland 1940, ohne dass es zu schweren und länger dauernden Kämpfen auf Schweizer Boden gekommen wäre, so wären die menschlichen Opfer und der volkswirtschaftliche Schaden geringer gewesen, als wenn das Land während einiger Zeit Schauplatz militärischer Operationen geworden wäre. In Be-



Der neutrale Korridor Österreich–Schweiz führte mitten ins NATO-Dispositiv.

zug auf den Ersten Weltkrieg gibt es allerdings keinen möglichen Zweifel, dass eine in den Augen der Hauptkriegführenden im Westen, Deutschland und Frankreich, ungenügend verteidigte Schweiz bei Beginn wie in der Folge des Konfliktes in den Krieg hineingerissen worden wäre, also den erwähnten schwer quantifizierbaren, aber nicht zu bestreitenden Verlust an Menschen und materiellen Werten erlitten hätte. Und ungeachtet aller pazifistisch motivierten Geschichtsklitterung muss festgestellt werden, dass der sich in einer – bei allen (insbesondere Panzer) ausrüstungsmässigen Mängeln – einsatzbereiten Armee verkörpernde Wehrwille der Schweiz von 1939 bis 1945 wesentlich oder entscheidend dazu beigetragen hat, dass das Land verschont blieb. Es liegt auf der Hand, dass selbst die Kosten der zwei Aktivdienste – 1914–1918 und 1939–1945 –, die die im Normalfall anfallenden Armeekosten natürlich um ein Vielfaches überstiegen, gemessen am Ausbleiben der im Kriegsfall entstandenen Kosten, irrelevant sind.

Auf den ersten Blick noch schwerer einzuschätzen ist der Nutzen der Armee in der Zeit der Ost-West-Konfrontation von 1945 oder 1950 bis 1990. In einer Zeit, in der alle Länder in Europa sowie die Vereinigten Staaten von Amerika die Gefahr eines Krieges auf dem Kontinent ernst nahmen, wovon ihre grossen militärischen Anstrengungen zeugten, wäre eine halbwegs oder gänzlich wehrlose Schweiz als ein unsicherer Kantonist erschienen; eine Schweiz, in die Ausländer, angefangen bei Amerikanern, schwerlich investiert hätten. Der Raum Schweiz spielte zwangsläufig eine Rolle in den strategischen Überlegungen der atlantischen Allianz, und sei es nur, weil er – mit Österreich – den europäischen NATO-Raum entzweiteilte.

2.3 Ein Geben und Nehmen

Genauso wie die Sowjetstreitkräfte den Durchmarsch planten, was inzwischen aktenkundig ist, musste sich die NATO Gedanken über ihre Massnahmen in diesem Fall machen. Es steht fest, dass die schweizerische Landesverteidigung zunehmendes Vertrauen bei der NATO genoss – wegen der Seriosität ihrer militärischen Vorbereitungen im Allgemeinen, wegen ihrer umfangreichen

Geländeverstärkungen, wegen ihrer personellen Stärke, um die man uns beneidete, wegen der kontinuierlichen Modernisierung und Verstärkung der Rüstung.

Nun muss allerdings präzisiert werden, dass die ökonomischen Kritiker der Milizorganisation keine Armeeabschaffer sind. Sie gehören nicht zum Lager der GSoA und des anarchosyndikalistischen SP-Flügels, wenn gleich sie gelegentlich diesen Leuten Argumente liefern. Sie meinen, man könne an die Frage der «Rentabilität» einer Armee mit rein betriebswirtschaftlichen und buchhalterischen Kriterien herangehen. So wird der Arbeitsausfall infolge Militärdienstes als reiner Verlust für Staat und Wirtschaft bewertet. Ignoriert wird, dass es das Milizsystem schweizerischer Prägung mit sich bringt, dass den Leistungen der Wirtschaft zugunsten der Milizarmee im Einzelnen weniger berechenbare, aber unbestreitbare Leistungen der Armee gegenüberstehen. Die militärische Erziehung, Ausbildung und Schulung hat sich für die Wirtschaftstätigkeit in verschiedener Hinsicht entschieden vorteilhaft ausgewirkt, und es ist entgegen einer linken Mär, die auch unter Exponenten der Wirtschaft Anhänger findet, nicht so, dass in den letzten vierzig Jahren so viele Offiziere, nicht zuletzt Kommandanten und Generalstabsoffiziere, gleichzeitig Führungsfunktionen in Wirtschaft und Verwaltung wahrgenommen haben, nur weil es da einen Filz gegeben hätte, Offiziere sich gegenseitig gefördert und nachgezogen hätten. Führen hat man in der schweizerischen Milizarmee intensiv gelernt, eine bessere Vorbereitung auf das Krisenmanagement gibt es wohl kaum.

Ob es gefällt oder nicht, die Führungs- und Stabsausbildung und -erfahrung von Kadern von Wirtschaft und Verwaltung hat sich als nützlich erwiesen. Dafür zweierlei Hinweise: In der Zeit, als derlei Qualifikationen etwas zählten, hat sich die Schweizer Wirtschaft nicht zurückgebildet, sie hat vielmehr gewaltig expandiert. Wer behauptet, die Wirtschaft sei nicht mehr bereit, ihre Kader für die militärische Weiterausbildung freizustellen, und das sei eben die neue Realität, der sich die Armee anzupassen habe, beweist nur, dass er ein schlechtes Gedächtnis hat oder schlicht ungebildet ist: Es ist nämlich nicht neu, dass in bestimmten Phasen wirtschaftliche Unternehmen militärische Karriereabsichten ihrer Mitarbeiter mit weniger Wohlwollen beurteilen. In den frühen

Siebzigerjahren war die militärische Karriere mit den daraus folgenden Abwesenheiten vom Arbeitsplatz oft wenig populär. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang aber, was folgt: Es gibt immer und in allen Phasen Schwankungen, die weniger auf irgendwelche Trends zurückzuführen sind als auf die Eignung und den Werdegang von Personen; einmal gibt es mehr Offiziere, einmal weniger im Unternehmen X oder Y.

Wenn sich das jetzt grundlegend ändern würde, so bei den allermeisten Unternehmen nicht, weil sie der Schweiz und dem Milizgedanken den Rücken kehren würden, obwohl natürlich die isolationistischen Tendenzen im Lande, das EWR-Nein, hohe Kosten des Faktors Arbeit und teilweise ungünstige Rahmenbedingungen die Verlagerung ins Ausland begünstigen. Der Hauptgrund für eine Ablehnung der militärischen Karriere insbesondere der Angehörigen des Kadres von Unternehmen wäre vor allem eines: dass die Absolventen von Ausbildungslehrgängen und Truppendiensten der Armee enttäuscht aus ihren Diensten zurückkehren würden, dass ihre Arbeitgeber nicht den – früher meist gegebenen – Eindruck gewännen, die Leute hätten etwas mehr gelernt, das Wissen und die Erfahrung, die sich aus dem Militärdienst ergeben, kämen dem Unternehmen zugute, der Ausfall am Arbeitsplatz werde durch erworbenes Wissen und gewonnene Erfahrung in einem schwer zu definierenden Mass kompensiert, dem Opfer stehe aber in jedem Fall ein Gegenwert gegenüber.

2.4 Die Armee ist herausgefordert

Anders gesagt: Es liegt an der Armee, an der von ihr vermittelten Ausbildung, an dem Erlebnis, zu dem sie verhilft, ob die Mehrheit der Arbeitgeber wie immer wieder in unserer Geschichte den Militärdienst ihrer Mitarbeiter akzeptieren und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensfähigkeit des Milizsystems erfüllen.

Dass der Abbau der Dienste und der Forderungen den richtigen Weg darstellen würde, wird hier bestritten. Die Einheitskommandanten, die 1995 zweimal sechs Wochen abverdienten, kehrten vielfach eher frustriert als begeistert an den Arbeitsplatz zurück. Man meint,

das liege an den Anfangsschwierigkeiten. Wir haben unsere Zweifel. Hier muss die Aussage genügen, dass nicht die Gesellschaft und die Wirtschaft schuld an einer allfälligen schwindenden Bereitschaft insbesondere des Milizkaders und der Arbeitgeber wären, sich der Armee zur Verfügung zu stellen. Da hätte die Armee versagt.

In einem Wort: Dem «Opfer», das die Arbeitgeber mit dem Verzicht auf die Präsenz ihrer Mitarbeiter wegen deren militärdienstlicher Inanspruchnahme bringen, steht ein nicht leicht bezifferbarer «Gegenwert» gegenüber, aber es gibt diesen Gegenwert unbestreitbar. Es ist daher reine Demagogie, wenn zu den im Bundesbudget ausgewiesenen Militärausgaben einfach die Lohnkosten der Militärdienst leistenden Bürgerinnen und Bürger geschlagen werden und damit eine Verdoppelung – oder mehr – der Militärausgaben propagandawirksam konstruiert wird. Wie unseriös und unredlich diese Sorte Rechnung ist, wird vollends sichtbar, wenn man bei gewissen Rechnungen feststellt, dass auch die von den Milizkadern in ihrer Freizeit aufgewendete Zeit – für die Vorbereitung von Diensten, zur persönlichen militärischen Weiterbildung – berechnet und den Militärausgaben belastet wird ...

2.5 Fragwürdiges Modell Berufsarmee

Doch die Thesen jener, die angesichts der angeblich zu teuren und wenig effizienten Milizorganisation eine Professionalisierung der Armee als klugen Ausweg beliebt zu machen suchen, sind nicht allein aus den bisher dargelegten Gründen anfechtbar. Hinzu kommt die sowohl militärische wie ökonomische Bewertung der Berufsarmee im Fall Schweiz. Diese Bewertung ergibt ein unter verschiedenen Titeln negatives Ergebnis. Die Frage stellt sich, ob zuerst die Frage der strategisch-operativen Bedürfnisse oder die der Kosten geprüft werden müsse. Sie ist aber leicht zu beantworten: Zuerst gilt es festzustellen, welche militärischen Fähigkeiten ein Land wie die Schweiz aufweisen muss, um seine erklärten oder evidenten sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen. Dabei ist von den möglichen Bedrohungen oder Gefahren in einer absehbaren Zukunft

auszugehen. Diese sind, und das ist inzwischen ein Gemeinplatz geworden, schwer abzuschätzen.

Mit der Auflösung des Sowjetimperiums und dann der Sowjetunion selbst änderte alles, sah man sich in Verhältnisse wie vor 1939 zurückgeworfen, kehrte die Geschichte, die man, was die Räume des Balkans, Osteuropas im Allgemeinen und Russlands betrifft, für endgültig überwunden hielt, zurück: Es wird wieder Krieg geführt auf der eurasischen Landmasse, seit 1991. Wo vorher Erstarrung herrschte, ist nunmehr vieles in Bewegung geraten, sodass jede Prognose über die künftige, auch für die Schweiz relevante sicherheitspolitische Entwicklung fragwürdig ist. Es ist nur eines sicher, dass es nicht mehr so ist wie vorher während 40 Jahren und dass es wohl längere Zeit nicht mehr so sein wird. Also lassen sich die militärischen Bedürfnisse der Schweiz in den nächsten etwa zehn oder fünfzehn Jahren nicht sicher voraussehen. Also ist Flexibilität die Grundlage einigermaßen lagegerechter Bereitschaft. Und diese Flexibilität bietet keine andere Organisationsform in gleichem Masse wie die Milizorganisation. Diese Möglichkeit bietet die Berufsarmee nie. Sie kann sich erhöhter Gefahr, gesteigerten Bedürfnissen nur durch den Rückgriff auf Wehrpflichtige, also Nichtberufssoldaten, anpassen, was alle neueren historischen Beispiele belegen. Also käme für die Schweiz eine reine Berufsarmee allein schon wegen der Unvorhersehbarkeit des Kräftebedarfs nicht infrage. Ein Reservoir von «Reservisten» wäre unabdingbar, also müsste man wohl – wie es Nachbarländer vorsehen oder praktizieren – Wehrpflichtige ausheben und ausbilden oder eine Art Miliz aufrechterhalten. Denn jede Berufsarmee oder Freiwilligenarmee ist überaus kostspielig.

2.6 Die Frage der Qualität des Personals

Ginge die Schweiz zu einer Berufsarmee über, so würde der Armeebestand drastisch sinken. Ein paar Brigaden, zu mehr würde es nie reichen, könnte man aufstellen. Was wäre die Folge? Die unausweichliche Umarmung mit Verbündeten, Nachbarn. Das Schicksal der Truppen vergleichbarer europäischer Staaten liefert dafür ein aktuelles Beispiel. Der Übergang zu einer reinen Berufsarmee würde die Schweiz, wollte sie

weiterhin die einer Armee zufallenden Funktionen erfüllen können, buchstäblich zwingen, der NATO oder einer ähnlichen Organisation beizutreten. Solange die Schweiz Wert auf die Neutralität als Maxime ihrer Aussenpolitik legt, scheidet die reine Berufsarmee als Organisationsform aus. Und es macht nicht den Anschein, als beabsichtige der Souverän in absehbarer Zukunft, der Neutralität Valet zu sagen.

Dazu kommt zweierlei: Kann angesichts unserer militärischen Traditionen realistisch erwartet werden, dass sich genügend Bürger anwerben liessen? Fände man die zum Beispiel 40 000 bis 50 000 Mann, die es insgesamt mindestens brauchen würde? Die Unfähigkeit der Armee, in diesem ganzen Jahrhundert – abgesehen von den Aktivdienstperioden – den notwendigen minimalen Bestand an Instruktionsunteroffizieren und -offizieren zu rekrutieren, spricht eine deutliche Sprache.

Vielleicht fänden sich genug Kandidaten, die Frage ist nur, welches Niveau sie hätten. Auch das Ausland zeigt, dass sich als Berufssoldaten Begabte und aus Berufung Handelnde melden, aber auch viele mediokre, ja gar fragwürdige Leute. Solche haben wir in der Milizarmee auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht natürlich auch. Aber wir haben, da prinzipiell alle erfasst werden, auch die anderen, die Tüchtigen, diejenigen, die Ausserordentliches leisten und die militärische Erfahrung mit ziviler zum Nutzen beider Seiten zu verbinden wissen. Die Milizarmee, wie wir sie bisher hatten, ist ein Spiegelbild der schweizerischen Gesellschaft. Die Symbiose von Armee und Gesellschaft und Wirtschaft hat sich alles in allem nicht schlecht bewährt.



Berufsarmeen: teuer und unflexibel.

2.7 Im Ausland weiss man es besser

Zurück zum Ausgangspunkt: Es ist eigenartig, dass in einem Augenblick die Professionalisierung der Armee zum Thema wird, da man sich, sich neuen Bedingungen und Budgetnotwendigkeiten beugend, im Ausland viel mehr für die Milizorganisation nach schweizerischem Vorbild interessiert. In England, das schon in den Fünfzigerjahren zur Berufsarmee zurückkehrte, misst man der Territorialarmee wieder einige Bedeutung bei. Reservisten und Angehörige der Nationalgarde wurden von den USA im Golfkrieg eingesetzt, und ihnen kommt – auch aus Spargründen – wieder grössere Bedeutung zu. Wieder souveräne ost- und ostmitteleuropäische Staaten bekunden lebhaftes Interesse an der schweizerischen Wehrform. Milizen schiessen in unruhigen Gegenden ins Kraut. Aber bei uns erheben sich Stimmen, die eine teilweise oder vollständige Professionalisierung der Armee empfehlen. *Difficile est, satiram non scribere.*

Es kommt hinzu, dass die Kritiker der Miliz offenbar schlecht informiert sind. Man kann, sofern sie korrekt geführt werden, aus gut ausgebildeten Miliztruppen alles herausholen. Die Urteile kriegserfahrener ausländischer Beobachter bestätigen es. Uns haben deutsche, israelische und amerikanische Kommandanten, die ehrlich waren, höchst Positives von ihren Eindrücken von unserer Armee gemeldet. Es liegt nur an uns, namentlich den Milizkadern, dafür zu sorgen, dass alle Fähigkeiten, die ein vielfältig, also milizmässig zusammengesetzter Verband in sich birgt, genutzt und entwickelt werden.

Die Milizorganisation hat durchaus eine Zukunft, wenn die bestgeeigneten Milizangehörigen zu Kadern werden und die bestmögliche Ausbildung erhalten. Dies sicherzustellen ist namentlich die Pflicht Berns und der Instrukturen. Voraussetzung ist das Erfolgserlebnis der Armeeingehörigen und insbesondere der Kader.

Nachwort: 14 Jahre später hat man die Pflicht, das Versagen der oberen Instanzen – des Bundesrats und der Armeeführung, auch des Parlaments – hinsichtlich entscheidender Bedingungen, z.B. in Bezug auf die Militärkredite, für die Bewährung der Milizarmee festzustellen und in aller Form zu verurteilen.

3 Die Luftwaffe bleibt der entscheidende Faktor

3.1 Lehren aus der Geschichte

Die Flugwaffe ist, seit der Luftschlacht über England 1940, immer noch, und erst recht, entscheidender Faktor der Bereitschaft für den neutralen Kleinstaat.

Trotzdem, in einem Zeithorizont, in dem Luftkampfmittel gegen Westeuropa zum Einsatz gebracht werden könnten, würde die Schweizer Luftwaffe für die Durchsetzung des ihr zustehenden Hoheitsrechts im Luftraum, realistisch betrachtet, lediglich auf die 33 F/A-18 beschränkt sein.



Tiger: hoffnungslos veraltet.

Hier werden die verfügbaren Kampfflugzeuge relevanter Staaten aufgeführt, die 2008 deklariert waren – gewichtige Änderungen sind seither nicht eingetreten. Das lässt verschiedene Schlüsse zu: Natürlich hängt die Beurteilung der Bedürfnisse der einzelnen Staaten in Bezug auf Luftrüstung von einigen Faktoren ab, die auf diese Staaten in unterschiedlichem Masse zutreffen. Es ist namentlich zu nennen: das grundlegende Faktum der «Geografie», das Napoleon in die Formel gefasst hat: «La politique d'un Etat est dans sa géographie.» Dieser Faktor ist weiterhin von einiger Relevanz für einen Staat, der sich zur Neutralität bekennt und der diese bisher als «bewaffnete» Neutralität verstand. Und selbst wenn der Souverän die Preisgabe dieser Maxime beschliessen würde, würde dieser Faktor seine Bedeutung bewahren. Die

Natur der internationalen Beziehungen, zu den Nachbarn, aber auch und insbesondere angesichts der quasi Aufhebung von Raum und Zeit, die die modernen Luftkampfmittel, Flugzeuge und Lenkwaffen, bewirken, auch zu weit entfernten Staaten, hat dies zur Folge. Die internationalen Beziehungen sind, um mit General André Beaufre zu reden, entgegen Jahrtausende alten Hoffnungen, selbst auf mittlere Sicht nicht zuverlässig voraussehbar. Die Probe aufs Exempel liefert der Rückblick auf die letzten 30 Jahre Geschichte.

3.2 Iraks Überfall auf Kuwait 1990 und die Folgen 1991, 2003

Wer hat im Jahre 1990 mit dem Überfall des Iraks auf den kleinen Nachbar Kuwait – nach dem erschöpfenden irakisch-iranischen Krieg 1980 bis 1999! – gerechnet? Wer hat die zum ersten Mal seit Jahrzehnten bewiesene Handlungsfähigkeit des UNO-Sicherheitsrates angesichts dieser Aggression erwartet, die sich im höchst erfolgreichen Feldzug einer Koalition von über 30 Nationen zur Befreiung von Kuwait im Januar 1991 konkretisierte? Wer hat rechtzeitig die Gefahr eines Auseinanderbrechens des jugoslawischen Bundesstaates und die Brutalität dieses Bürgerkrieges vorausgesehen? Kaum jemand! Wer hat das Attentat vom 11. September 2001 angekündigt, dessen Konsequenz die Vertreibung der Taliban und der Versuch war, dieses schwer kontrollierbare weite Land zu befreien? Acht Jahre später tun sich wesentliche Teile der politischen Klasse, vor allem in Deutschland, sichtbar schwer, sich an 2001, an die damals vorherrschende Überzeugung zu erinnern, Afghanistan sei vor Anarchie und den extremen Islamisten im Interesse aller zu schützen. Und kaum einer der stimmungswaltigen Kommentatoren hat rechtzeitig, gleich wie in der Irak-Frage, sehr früh auf die beträchtliche Truppenstärke aufmerksam gemacht, die die Voraussetzung des Erfolges war und ist (das hat der Schreibende früh getan, weil er als Leutnant gelernt hatte, dass die Beherrschung von Agglomeration ausserordentlich kräf-

teverzehrend ist: «eine Gruppe ein Gebäude, ein Zug drei Gebäude, eine Kompanie ein Dorf»).

Wer hat, in der Euphorie, die das vorschnell diagnostizierte «Ende des Kalten Krieges» erzeugte, in Rechnung gestellt, dass die Natur weder von Menschen noch von Staaten über Nacht grundlegend ändert? Und das vor allem, wenn es sich um eine Grossmacht handelt, die seit dem 16. Jahrhundert eine «beharrliche Politik der territorialen Expansion» (Craig) betrieb und heute noch immer, ungeachtet der Auflösung der Sowjetunion, der grösste Flächenstaat bleibt. Die seit 2007 handfesten Tendenzen der russi-

schen Führung zu imperialem Gebaren im Verkehr mit dem «nahen Ausland», die Schonung von fragwürdigen Diktaturen und die völlig ungerechtfertigte Aufregung wegen des US-Lenkaffenabwehr-Programms, das die russische offensive Raketenflotte keineswegs ernsthaft gefährdet, bestätigen das Wort Napoleons: Die Natur macht keine Sprünge!

Es ist, wie der vorstehende Rückblick beweist, verantwortungslos, die Sicherheit eines Staates in einem derart gewichtigen Sektor wie der Luftrüstung zu vernachlässigen.

3.3 Überblick über die Kampfkraft in der Luft 2008

| Grossmächte | Strategische Bomber | Mittelstreckenbomber | Kampfflugzeuge |
|---|---------------------|----------------------|---------------------------------------|
| USA | 105 | | 3890 (Marine, Marinekorps, Luftwaffe) |
| Russland | 69 | 180 | 1840 |
| Weitere Luftwaffen von NATO-Mitgliedern | | | Kampfflugzeuge |
| Norwegen | | | 52 |
| Polen | | | 103 |
| Spanien | | | 181 |
| Italien | | | 267 |
| Holland | | | 105 |
| Belgien | | | 71 |
| Dänemark | | | 48 |
| Deutschland | | | 280 |
| Frankreich | | | 326 (plus 84 strat. Bomber) |
| Grossbritannien | | | 350 |
| Türkei | | | 432 |
| Griechenland | | | 350 |
| Nicht-NATO-Mitglieder | | | Kampfflugzeuge |
| Finnland | | | 61 |
| Schweden | | | 130 |

Von der geografischen Lage her und angesichts der Neutralität, also dem gewollten Fernbleiben von irgendwelchen Bündnisverpflichtungen, aber auch des Fehlens der Aussicht auf vereinbarte Hilfe im Ernstfall, ist die Reduktion der Schweizer Luftwaffe auf 33 Maschinen auf Jahre hinaus entschieden leichtfertig, potenziell verantwortungslos. Gewiss, die F/A-18 C/D

sind kampferprobte Flugzeuge, aber sie sind in der Konzeption über 20 Jahre alt. Und der Bestand ist eklatant ungenügend. Die bürgerliche Mehrheit soll sich endlich auf ihre Pflicht besinnen. Der Bundesrat hat in dieser Frage eindeutig versagt. Das ist umso gravierender, als der Souverän, das Volk, am 6. Juni 1993 an der Urne die Beschaffung der F/A-18 beschlossen

hat, ein geschichtlich praktisch einmaliger Vorgang, der den Vergleich mit der Genehmigung der Wehranleihe am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nicht zu scheuen braucht. In den 90er-Jahren hat die Schweiz die Mirage-Jäger ausser Dienst gestellt. Im Dezember 2000 wurde entschieden, auch die Mirage-Aufklärer aufzugeben. Seither fehlt der Schweiz jede weiträumige Aufklärungsfähigkeit, was bedenklich ist. Damals verwies man zuständigenorts auf die geplante Ersatzbeschaffung der Tiger F-5. Diese würde diese Kapazität wie auch die Erdkampfeigenschaft, die man bei der

Beschaffung der F/A-18 aus Spargründen geopfert hatte, wieder gewährleisten. Abschliessend muss in Erinnerung gerufen werden, dass der Bundesrat vor acht Jahren in Beantwortung einer parlamentarischen Interpellation klar ausführte, dass er die Absicht habe, die Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgaben der Luftwaffe gemäss Armee XXI im Wesentlichen materiell bis um 2010 zu schaffen. Nachher bekräftigte der damalige Chef der Luftwaffe diese Absichtserklärungen. Es gibt keine rational nachvollziehbare Entschuldigung für das aktuelle Verhalten der Landesregierung!

4 Fazit: Wiederherstellung einer rationalen Prioritätsordnung

Die Verteidigung eines Landes muss langfristig konzipiert werden. Verschiedene offizielle Dokumente, z.B. die Berichte des Bundesrates zur Sicherheitspolitik von 1973 an, haben es unterstrichen. Im Lichte geschichtlicher Erfahrung ist es nicht ratsam, Prognosen auf weite – auch nur auf zehn Jahre – Sicht stellen zu wollen.

Hat man denn schon vergessen, dass vor zwanzig Jahren praktisch niemand mit der Wiederherstellung der Souveränität der osteuropäischen Völker rechnete, dem Auseinanderbrechen der Supermacht Sowjetunion², dem Überfall des Irak auf Kuwait und dem darauf folgenden ersten Irak-Krieg unter der Ägide der UNO, einem jahrelangen, grausamen Krieg im Balkan, also in Europa, dem nur das machtvolle Eingreifen der NATO, die bei dieser Gelegenheit erstmals über das Vertragsgebiet hinausstiess, ein Ende bereitete? Und wie ist es mit der terroristischen Gefahr, die seit dem 11. September 2001 in aller Munde ist. Zwar hat es in den letzten 35 Jahren mehrfach Anlass gegeben, über das Phänomen Rechenschaft abzulegen, aber die Radikali-

sierung des Islam, dessen teilweise Entartung in vulgäres Verbrechen, haben nur wenige vorausgesehen. Die oft beschworene «Friedensdividende» ist von der Armee hierzulande mehrfach entrichtet worden. Also ist es höchste Zeit, den Weg des geringsten Widerstandes zu verlassen, der darin besteht, die Verteidigung auf dem Altar einer angeblichen Konkordanz, die die strategisch Unbegabten und kurzfristig Urteilenden rückwärtslos ausnutzen, systematisch zu schröpfen.

Eine Professionalisierung der Armee, wie sie einige Experten vorschlagen, wäre indessen kaum eine auf die vielfältigen Bedürfnisse der Landesverteidigung zugeschnittene Lösung. Damit würde u.a. auch eine wenig willkommene Umlagerung von Arbeitskräften vom privaten auf den staatlichen Sektor erfolgen.

Nötig sind vielmehr Anpassungen des Systems an die im Wandel begriffenen Erfordernisse. Ausbildungs- und Führungsverantwortung sind die Domänen der Miliz. Hingegen wird vom Berufskorps ein effizientes Coaching, im Sinne einer Unterstützung, erwartet. Im Weiteren wäre der Wirtschaft durch eine entsprechende Ausbildungsgestaltung die Botschaft zu vermitteln, dass in den militärischen Kadern Schulen Leute mit modernen Techniken des Krisen- und Risikomanagements vertraut gemacht werden. Mit einem Bündel derartiger und weiterer Massnahmen kann schliess-

² Dominique Brunner hat in einem Beitrag im Buch «Landesverteidigung 2010», herausgegeben von Prof. W. Wittmann, 1986 die Variante eines Zerfalls der Sowjetunion erörtert, zweifelte aber, dass das ohne Krieg in Europa geschähe, was sich nicht bewahrheitet hat, namentlich wegen atomarer Abschreckung («Europäische Sicherheit in der Zukunft»).

lich erreicht werden, dass die Miliz als flexibles Instrument erhalten bleibt.

Da die Verteidigung – umfassend verstanden – eine langfristig zu erfüllende Funktion des Staates darstellt, sind ihr die vernünftigerweise benötigten finanziellen Ressourcen zu gewähren. Und dazu gehören eben prioritär die Mittel zur Erhaltung der Luftverteidigung. Es ist dringend geboten, dass der Bundesrat, wie das in der Vergangenheit mehrere Male geschah, wieder langfristig zu denken beginnt und die Abbrucharbeit an der Verteidigung und insbesondere die drohende Vernachlässigung der Luftverteidigung unverzüglich

beendet. Er wird, wenn er das tut, in Übereinstimmung mit einer wohl überlegten strategischen Analyse und, das zählt besonders, mit dem in den letzten elf Jahren mehrfach manifestierten Willen des Volkes handeln, das sich einzig an der Urne verbindlich äussert – und nicht in Meinungsforschungen.

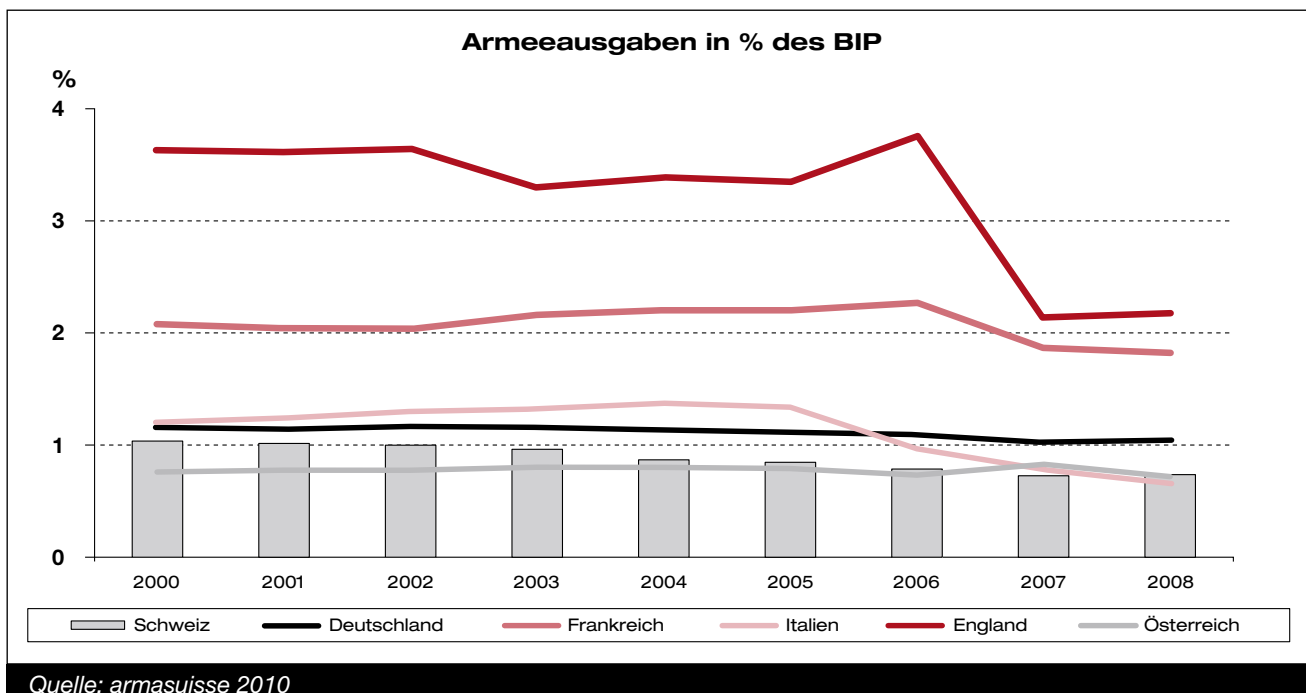
Bundesrat und Parlament sollten nicht ständig verdrängen, dass erstens die Verteidigung ernst zu nehmen ist und zweitens sechs positive Volksentscheide seit 1990 einem klaren Auftrag an Bundesrat und Parlament gleichkommen, die Verteidigung endlich wieder auf eine feste Grundlage zu stellen.

5 Fakten zur heutigen mangelnden Finanzlage der Armee

5.1 Rekordtiefe Verteidigungsaufwendungen

Von Machiavelli stammt der zutreffende Ausspruch, Geld sei der Nerv des Krieges – was in gleichem Mass auch für die Kriegsverhinderung gesagt werden kann. Dieser Ausspruch galt zu einer Zeit, als die Armeen

aus Söldnern bestanden und Hieb- und Stichwaffen die Entscheidung herbeiführten. Kanonen gab es zwar schon, sie spielten aber keine entscheidende Rolle. Er gilt erst recht in Gegenwart und absehbarer Zukunft im Zeichen, vereinfacht ausgedrückt, der alles dominierenden Technik. An der Bereitschaft, die Armee an-



gemessen finanziell zu dotieren, misst man die Klarheit und Voraussicht von Exekutive und Parlament! Und unter diesem Gesichtspunkt schneiden beide in jüngster Zeit denkbar schlecht ab.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden die verfügbaren Mittel und Ressourcen unserer Armee stets verringert. Die veränderte Lage und die Verknappung der Mittel erzwangen Anpassungen bei den sicherheitspolitischen Instrumenten. Mit Blick auf die umliegenden europäischen Staaten zeigen sich Konstanten und Trends bei den Investitionen in die Rüstung. Einer dieser Trends lautet: Seit der Jahrtausendwende sank der für die Armee aufgewendete Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Schweiz auf gerade noch 0,8%. Mittlerweile ist es bedenklich, welchen geringen Prozentsatz am BIP die Schweiz für ihre Armee im Vergleich zu anderen westlichen Staaten aufwendet. Im Vergleich:

Österreich wendet 0,9% auf, die NATO-Länder um 2% oder mehr.

Zusätzlich besteht in der Schweizer Armee ein enormer Beschaffungsrückstand, da eine markante Verschiebung der Rüstungsausgaben zu den Betriebsausgaben stattfindet. Heute liegt der Anteil der Betriebsausgaben am Budget bei viel zu hohen zwei Dritteln. Richtig wäre für die heutige Armee ein Verhältnis von 45% zu 55%. Die Folge: Die Armee veraltet. Generell fehlen der Armee seit rund 10 Jahren über CHF 700 Mio. pro Jahr. Investitionen mussten auf der Zeitachse massiv nach hinten verschoben werden. Es ist dem Bürgersoldaten und Steuerzahler nicht zumutbar, dass er in Erfüllung seiner Wehrpflicht zum Dienst herangezogen wird, um dann festzustellen, dass seine Armee kläglich unterfinanziert ist und museale Prozesse und Techniken verwendet werden. So können beispiels-

Die Sparmassnahmen zulasten der Armee seit 1998

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | Total |
|-----------------------------------|------------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------|------------|---------------|
| Stabilisierungsprogramm 1998 | -46 | -190 | -370 | -540 | | | | | | | | | | -1'146 |
| Voranschlag 2002, Finanzplan 2003 | | | | | -95 | -105 | | | | | | | | -200 |
| Voranschlag 2003, FP 2004 - 2006 | | | | | | -104 | -127 | -156 | -186 | | | | | -573 |
| Gezielte Kürzungen V 2003 | | | | | | -23 | | | | | | | | -23 |
| Kreditsperre 2003 | | | | | | -43 | | | | | | | | -43 |
| Entlastungsprogramm 2003 | | | | | | | -70 | -101 | -253 | -273 | | | | -697 |
| Kreditsperre 2004 | | | | | | | -38 | | | | | | | -38 |
| Entlastungsprogramm 2004 | | | | | | | | | -127 | -175 | -175 | | | -477 |
| Aufgabenverichtsplanung (AVP) | | | | | | | | 0 | 0 | 0 | 0 | | | 0 |
| Gezielte Kürzungen V 2005 | | | | | | | | -70 | | | | | | -70 |
| Kreditsperre 2005 | | | | | | | | -16 | | | | | | -16 |
| Voranschlag 2006 | | | | | | | | | -7 | | | | | -7 |
| Voranschlag 2007 | | | | | | | | | | -62 | | | | -62 |
| Voranschlag 2008: AÜP | | | | | | | | | | | -32 | -43 | | -75 |
| Voranschlag 2009: Kreditsperre | | | | | | | | | | | | | | 0 |
| Verwaltungsreform REF 05/07 | | | | | | | | | | | -9 | -18 | -18 | -45 |
| Voranschlag 2010: | | | | | | | | | | | | | | 0 |
| Total Verteidigung | -46 | -190 | -370 | -540 | -95 | -275 | -235 | -343 | -573 | -510 | -216 | -61 | -18 | -3'472 |

Quelle: armasuisse 2010

weise nur 6 von 20 Infanteriebataillone mit Radschützenpanzern ausgerüstet werden, und der Luftwaffe fehlen Mittel um grundlegende Fähigkeiten wie Erdkampf und Aufklärung zu betreiben.

5.2 Sparen auf dem Buckel der Armee

Die Armee leistete in den Jahren 1990 bis 2005 den grössten finanziellen Sparbeitrag zum Ausgleich des Bundeshaushaltes. Sie hat seit 1998 insgesamt rund CHF 3,5 Mrd. eingespart. Die im Rahmen der bisherigen Sparbeschlüsse eingeleiteten Massnahmen führen, wie bereits erwähnt, immer wieder primär zu einem Investitionsverzicht. Heute ist gerade noch ein Budget von CHF 3,85 Mia. pro Jahr verfügbar. Das Konzept der Armee XXI sah aber ein jährliches Budget von CHF 4,3 Mia. vor. Da fragt man sich als Bürger und Milizsoldat, wohin das der Armee vorenthaltene Geld verschwunden ist!

Wir stehen damit an einem Punkt, an welchem Aufgaben und Ressourcen/Mittel nicht mehr übereinstimmen. Das Aufgabenspektrum der Armee verlangt nach Fähigkeiten, um die von Verfassung und Gesetz definierten Aufgaben erfüllen zu können. Fähigkeiten bedeuten Investitionen in Betrieb, Ausbildung und Ausrüstung. Diese Situation wirft ein denkbar schlechtes Licht auf die Politiker in Bundesbern. Sie wirkt jedes Jahr von Neuem auf weitere 20 000 junge Schweizer wenig überzeugend. Und dieser schlechte Eindruck wird für Tausende von Wehrpflichtigen in jedem WK verfestigt.

5.3 Dissens statt Konsens im Bereich der Armeeaufgaben

Diese Unterfinanzierung ist eine Folge der aktuellen politischen Orientierungslosigkeit. Mit Ausnahme der Katastrophenhilfe im Inland gibt es keine Aufgabe, die nicht von mindestens einer Partei grundsätzlich abgelehnt wird. Während die Rechte grundsätzlich allen Einsätzen im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit skeptisch gegenübersteht, lehnt die Linke Sicherungseinsätze im Innern aus Prinzip ab. Die Rechte rückt die klassische Verteidigung ins Zentrum;

die Linke will auf die eigentliche Verteidigung weitgehend verzichten. Und die Mitte weiss oft nicht, auf welche Seite sie sich schlagen will. Der andauernde Dissens führt zu höchst bedenklichen Ergebnissen: Die Armee erhält zwar politische Vorgaben; sie erhält aber keine adäquaten Mittel, um diese zu erfüllen. Dies belegen die Rüstungsprogramme: Wegen der herrschenden Uneinigkeit werden sie zum Spielball der parteipolitischen Auseinandersetzungen. Oft wird dabei die eigene politische Profilierung höher gewichtet als die Sicherheit der Schweiz.

Rüstungsvorlagen werden abgelehnt, weil darin das Wort Panzer auftaucht oder weil man dem Verteidigungsminister gerade eins auswischen will. Die Ursachen für den Dissens liegen aber tiefer als im parteipolitischen Taktieren: Den meisten Parlamentariern fehlt zum einen die Übersicht über die Herausforderungen und Entwicklungen; zum anderen fehlt ihnen die Möglichkeit, auf strategischer Stufe Grundsatzentscheide fällen zu können.

5.4 Sieben Forderungen für die Sicherstellung einer solide finanzierten Armee!

Zwei Dinge gehören immer zu einem Staat: Aussen- und Sicherheitspolitik. Das sollten wir gerade heute angesichts Libyen-Geiselauffäre, Steuerstreit und Atomwaffenwaffenungsdebatte im Iran auch in der Schweiz wieder feststellen. Hält die Verknappung der Finanzen im Bereich der Armee an, würde die Aufgabenerfüllung im Bereiche der Sicherheitspolitik definitiv in Frage gestellt oder eine fundamentale Neuausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik mit markant stärkerer internationaler Abhängigkeit und tieferer eigenständiger Leistungsfähigkeit notwendig.

Das gilt es zu verhindern, indem sieben Forderungen umgesetzt werden:

1. Professionelles Risikomanagement richtet sich auf die gefährlichsten Risiken aus, deckt die wahrscheinlichsten ab und muss Restrisiken in Kauf nehmen. Solange wir Streitkräfte haben, werden wir diese auch auf die gefährlichste Gegenbedrohung in gewissen Bereichen mit mechanisierten Kräften ausrüsten müssen.

2. Streitkräfte sind gestaltbar; für die Schweiz denkbar sind als erfolgreiche Modelle nur die gegenwärtige Milizarmee oder eine deutlich kleinere, teure Berufsarmee, von der fraglich ist, ob genügend qualifiziertes Personal sich rekrutieren liesse. Mittelwege sind Übergangslösungen, haben geringe Chance zu bestehen und verunsichern.
3. Die Kontinuität von staatspolitischen Maximen wird auch den neuen Sicherheitsbericht prägen: Dazu gehören Verteidigung aus eigener Kraft und Milizarmee in Form des Volksheeres, basierend auf allgemeiner Wehrpflicht.
4. Forderung: Wir brauchen in der Diskussion um unsere Streitkräfte eine Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen. VBS und Bundesrat sind gehalten, um die diesbezüglichen Bedürfnisse exakt und einleuchtend zu begründen, auch die Investitionsplanung der Armee fähigkeitsorientiert darzulegen und zu begründen: Die von der Armee verlangten Fähigkeiten zeigen auf, wo eben die Fähigkeitslücken sind, und begründen damit die notwendigen Investitionsschwergewichte.
5. Der dreigliedrige Armeeauftrag und die verfassungsmässigen Rahmenbedingungen von Milizarmee und Wehrpflicht führen zu einem Finanzrahmen von zwischen 4 und 5 Mia. CHF. Das Sparpotenzial bei der Truppe ist ausgereizt. Bewaffnung sowie Ressourcen für die Ausbildung (Waffenplätze, Treibstoff, Munition) haben Priorität.
6. Auch die Strategie der Reduktion der Verteidigungskapazität auf eine Aufwuchsbasis bedingt, dass die Verteidigungskompetenz weiterhin alle Grundfunktionen einer Streitkraft des 21. Jahrhunderts umfasst. Die Schweizer Armee muss aufholen, um wieder ein mittleres Technologieniveau zu erreichen.
7. Bundesrat und Parlament müssen künftig gemeinsam die Eckwerte der Sicherheitspolitik bestimmen. Sicherheitspolitik ist ein Akt der politischen Planung: Der Bundesrat muss dem Parlament mehr Mitwirkungsrechte bei der Definition der Sicherheitspolitik gewähren; im Gegenzug bewirkt dieses Mitbestimmungsrecht eine stärkere Einbin-

dung des Parlaments in die strategische Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik.

5.5 Stimmen zur Finanzierung der Armee

Kaspar Villiger 1994

«Als Bundesrat habe ich die Interessen des Landes, als EMD-Chef die Interessen der Armee abzuwägen und zu vertreten. Nach dem Ende des Kalten Krieges war ich bereit, eine sicherheitspolitisch vertretbare und finanzpolitisch nötige ‹Friedensdividende› einzubringen... Das EMD hat denn auch als einziges Departement den Trendbruch vom Wachstum in die Degression vollzogen. Die Militärausgaben verzeichneten im Zeitraum 1990 bis 1994 einen realen Rückgang von über 14%, die Rüstungsausgaben sogar von gegen 25%. Gleichzeitig sind die kosten-trächtigen zivilen Aufgabenbereiche der anderen Departemente weiterhin überdurchschnittlich gewachsen. Aufaddiert leistet das EMD einen jährlichen Kürzungsbeitrag in der Grössenordnung von mehr als einer Milliarde Franken. Die Bundesdefizite sind mittlerweile grösser als die gesamten Militärausgaben. Das heisst: Wenn man die Wachstumsraten nicht in den Griff bekommt, nützen Abstriche in stabilisierten Bereichen wie dem EMD auf die Dauer nichts... Ich verhehle nicht, dass jede weitere Sparrunde direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf die Volkswirtschaft haben wird, ganz abgesehen davon, dass wir uns im Bereich der Schmerzgrenze für die Realisierung der Armee 95 befinden...»³

«Eine glaubwürdige Armee braucht eine glaubwürdige Finanzierung (Arbeitsgemeinschaft für eine wirk-same und friedenssichernde Milizarmee, (AWM).»

Dominique Brunner 1998–2007

«Nachdem der Verteidigungsbereich seit 1990 den einzigen ins Gewicht fallenden Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen geleistet hat, soll er finanziell erneut massiv benachteiligt werden. Nach den Vorstellungen des Bundesrats – ‹Stabilisierungsprogramm 98›

³ Interview in ‹Armee 95 – Chance für die Milizarmee?›, 1994 Strategische Studien Band 7, vdf Zürich



Georgienkrieg 2008. Eine unterfinanzierte Armee bietet dem eigenen Land einen ungenügenden Versicherungsschutz.

– sollen der Verteidigung bis einschliesslich 2001 weitere fast 900 Millionen weggenommen werden... Das ist Sparen nach dem Rezept einfachster Buchhaltung. Von einer Beurteilung der Wichtigkeit der einzelnen Aufgaben auf weitere Sicht ist nichts zu sehen...»⁴

Beschleunigte Liquidierung der schweizerischen Verteidigung?

«Am 2. Mai 2001 einigte man sich auf 4,3 Milliarden pro Jahr. Kurz danach bezifferte der Chef des Verteidigungsdepartements den Investitionsbedarf der Armee XXI über mehrere Jahre auf rund zwei Milliarden jährlich. Das machte geringen Eindruck auf Finanzminister Villiger, der zunächst eine Reduktion der Mittel des VBS im Voranschlag 2002 um 200 Millionen, dann mit Blick auf die folgenden Jahre um über eine Milliarde durchsetzte. Derselbe – siehe erstes Zitat oben...»⁵

Die Abrechnung zur Abwertung unserer Armee

«Rund zehn Jahre später ist das Ergebnis mit Händen zu greifen... Der Schuldenberg ist weiter gewachsen, der Verteidigungsbereich ist der einzige, welcher

energisch gespart hat. Der Anteil der Verteidigung an den Bundesaussgaben ist von 19,1% 1990 auf 9,4% im Jahr 2002, der Anteil dieser Ausgaben am BIP von 1,57% 1990 auf ein Prozent 2003 gesunken.»⁶

Willkürlich verursachte Krise Milizarmee und damit der Glaubwürdigkeit der schweizerischen Sicherheitspolitik

«Die persönliche Verantwortung für diese verhängnisvolle Entwicklung tragen zunächst der politische Chef des VBS, das bundesrätliche Gremium, die bürgerlichen Parteien... Und auch die Armeespitze muss sich die Frage gefallen lassen, ob sie durch ihre Langmut nicht Verantwortung übernimmt. Wenn man als Sachverständiger die Verantwortung nicht mehr tragen kann, tritt man zurück und erwirbt sich die Achtung der ernstzunehmenden Zeitgenossen.»⁷

Für die Rüstung, für die Armee XXI

Der Bundesrat «hat es fertiggebracht, 2001 nach langer Diskussion den Plafond der Militärausgaben – zu Recht – auf 4,3 Milliarden festzulegen, um kurz danach diesen Beschluss still und leise umzustossen. Er hat ohne zu erröten festgestellt: «Mit dem Entlastungsprogramm 04 geht eine namhafte Unterschreitung der finanziellen Schwelle der für die Umsetzung der Armee XXI notwendigen 4 Milliarden einher.» Das angesichts der Genehmigung dieser neuen Armee erst zwei Jahre vorher durch das Parlament, durch den Souverän ein Jahr zuvor...»⁸

⁴ Verfasst von Dominique Brunner, Oberst i Gst a D, Beilage ASMZ Nr. 4/1998

⁵ ASMZ 11/2004

⁶ Basellandschaftliche Zeitung 28.12.2004

⁷ ASMZ 7/8 2005

⁸ Schweizer Soldat 1/2007



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. www.vsww.ch), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

Unsere Publikationen

finden Sie unter: www.vsww.ch

Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,
Postfach 65, 8024 Zürich

Internet: www.vsww.ch

Telefon: 044 266 67 67 oder Fax: 044 266 67 00

Postkonto 80-500-4, Credit Suisse Zürich,
IBAN: CH 36 0483 5046 8809 0100 0

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!